

Frank Groß in 63776 Mömbris (BV.0460.18)

- Einwände gegen den geplanten Neubau der Staatsstraße 2305 zwischen Niedersteinbach und Michelbach

- 2.823 Unterschriften -

47-0017-1-6-5 -Bau-

- Fortsetzung der Behandlung nach Ortstermin -

Vorsitz: Manfred Eibl (FREIE WÄHLER)

Berichterstattung: Thorsten Schwab (CSU)

Mitberichterstattung: Inge Aures (SPD)

Abg. Thorsten Schwab (CSU) unterrichtet über den gemeinsamen Ortstermin mit Frau Abg. Aures. Sie seien die Strecke entlangefahren und könnten bestätigen, dass es auf der Straße Handlungsbedarf für eine Baumaßnahme gebe, wenn dort 10.000 Fahrzeuge pro Tag führen. Die Petenten wünschten keinen "Riesenausbau", sondern eine Verbesserung am jetzigen Straßenverlauf. Bei dem Ortstermin habe es eine zufriedenstellende Versammlung gegeben, und man habe auch mit Vertretern des staatlichen Bauamts, der Regierung von Unterfranken und des Wasserwirtschaftsamts gesprochen. Einige Punkte hätten schon vor Ort geklärt werden können.

Seitens eines Landwirts, der einen schlechten Zugang zu seinen Feldern und seinem Hof befürchte, und einer Gärtnerei mit Gewächshaus seien noch Fragen offen. Bei dem Ortstermin sei darum gebeten worden, diesbezüglich bereits bei der Einreichung der Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren nachzubessern.

Die Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren würden gerade fertiggestellt. In dem Verfahren könne man noch Einwände erheben. Die Regierung von Unterfranken müsse dann als neutrale Stelle bewerten, ob die Planer recht hätten oder ob die Einwände berechtigt seien.

Die Eingabe solle aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt erklärt werden. Es solle darauf hingewiesen werden, dass auf den Landwirt und den Gemüsebauern mit der Gärtnerei geachtet und schon vor Einreichung der Unterlagen zum

Planfeststellungsverfahren nach einer Lösung gesucht werde. Der Petent solle die Stellungnahme der Staatsregierung und einen Protokollauszug erhalten.

Abg. Inge Aures (SPD) bestätigt die Ausführungen des Berichterstatters. Der Termin sei konstruktiv verlaufen. Der Petent habe vor Kurzem noch Unterlagen nachgereicht, die sich in der Vorgangsmappe befänden. Man solle die Nachreichung dem Ministerium zur Berücksichtigung zukommen lassen.

Vorsitzender Manfred Eibl (FREIE WÄHLER) merkt an, das Ministerium habe die Unterlagen schon weitergetragen.

Abg. Dr. Markus Büchler (GRÜNE) äußert, er kenne die Situation nicht aus direkter Anschauung, habe aber Kontakt mit Menschen vor Ort gehabt. Sofern er, Herr Dr. Büchler, es richtig verstanden habe, gehe es nicht nur um die Zufahrt zu Grundstücken. Sondern es gehe für die betroffenen Landwirte auch um das Thema Flächenverbrauch, weil durch eine andere Streckenführung mehr Fläche in Anspruch genommen würde. Daher bestehe der Wunsch nach Prüfung, wie eine zusätzliche Inanspruchnahme von Fläche zu minimieren sei.

Zudem bestünden Fragen hinsichtlich der Wassersituation in Zusammenhang mit Damm, Hochwasser, Oberflächenwasserabfluss und Starkregenereignissen. Diese Fragen gehörten geprüft und könnten auch bei einem Planfeststellungsverfahren eingebracht werden.

Das Vorgehen vor Ort und die einvernehmliche Besprechung bei dem Termin seien gut. Fraglich sei hinsichtlich des Votums, ob die Eingabe für erledigt erklärt werden könne, wenn dem Ministerium noch etwas für die Behandlung vorgelegt werden müsse. Möglicherweise empfehle es sich, die Eingabe der Staatsregierung als Material zu überweisen.

Abg. Inge Aures (SPD) lässt wissen, bei dem Ortstermin seien auch Vertreter des Naturschutzes und des Wasserwirtschaftsamts anwesend gewesen. Die Wassersituation sei thematisiert worden. Alle Probleme seien anvisiert und formuliert worden. Die Ge-

sprachsteilnehmer vor Ort hätten ihre Positionen vorgetragen. Es sei vor allem um die Zufahrt für einen Gemüsebauern gegangen. Alle seien sich einig gewesen, dass mit der Straße schnellstens etwas geschehen müsse. Die an sich idyllische Straße sei nicht für die vielen Autos, die dort täglich Richtung Frankfurt führen, ausgelegt. Die Vertreter der Ämter hätten beim Ortstermin alles gehört, und die Mitberichterstatteerin gehe von einer Berücksichtigung bei den Planungen aus.

Abg. Thorsten Schwab (CSU) bekräftigt, der Dammbau und die resultierende Wassersituation, Vor- und Nachteile etc. seien thematisiert worden. Das Wasserwirtschaftsamt habe genau darauf zu achten, dass verlorengangener Retentionsraum an anderer Stelle ausgeglichen werde. Belange wie der Naturschutzretentionsraum oder der Flächenverbrauch seien Bestandteil eines Planfeststellungsverfahrens. Bei einem öffentlichen Erörterungstermin könne man sich äußern und seine Bedenken vorbringen. Das Verfahren werde von den staatlichen Behörden penibel durchgeführt.

Beschluss:

Die Eingabe wird aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt erklärt.

Die Situation des Landwirts und seiner Zufahrt ist zu berücksichtigen.

Dem Petenten sind die Stellungnahme der Staatsregierung und ein Protokollauszug zu übersenden.

(mit den Stimmen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der SPD bei Abwesenheit der FDP)